

Europas jüngste Friedensinitiativen sind Krieg mit anderen Mitteln

Die europäischen Bemühungen um eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland riechen nach Heuchelei und Doppelzüngigkeit.



12. Juni 2026 | Editorial

Nach vier Jahren einer Politik der Nicht-Diplomatie, mehreren Runden von Wirtschaftssanktionen, die darauf abzielten, den russischen Staat zu zerschlagen, und Hunderten von Milliarden Euro, die in einen aussichtslosen Krieg gegen Russland in der Ukraine gesteckt wurden, brodelt es in den europäischen Hauptstädten in letzter Zeit vor Forderungen nach der Aufnahme von Friedensverhandlungen mit Moskau.

Zweifellos ist ein Teil dieses Politikwechsels auf das wirtschaftliche Chaos zurückzuführen, das Europa sich selbst durch die Einstellung des Energiehandels mit Russland eingebrockt hat. Eskalierende Energiekosten zerstören die europäische Industrie und bringen Millionen von Bürgern in eine erdrückende finanzielle Notlage. Angesichts dieser selbstverschuldeten Katastrophe sind die europäischen Hauptstädte verzweifelt bemüht, den Anschein einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland zu erwecken und die Versorgung mit bezahlbarer Energie wieder aufzunehmen.

Frankreich und Italien [setzen sich](#) für die Ernennung eines Gesandten ein, der mit Russland in Kontakt treten soll, um den Konflikt zu lösen, sowie für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland.

Am vergangenen Wochenende erklärten die Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich und Deutschland – die sogenannte E3 – sie würden bei der Aushandlung eines Friedensabkommens zwischen der Ukraine und Russland „vermitteln“. Der ukrainische Marionettenpräsident Wolodymyr Selensky wurde am 7. Juni in der Downing Street von Großbritanniens Kier Starmer, Frank-

reichs Macron und Deutschlands Merz empfangen. Sie [schlugen vor](#), die Verhandlungsführung von den USA zu übernehmen, da Präsident Trump offenbar mehr damit beschäftigt ist, den Krieg gegen den Iran zu beenden.

Es wurden verschiedene Namen genannt, wer als Gesprächspartner für Europa in Frage kommen könnte. Die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ehemalige italienische Ministerpräsident Mario Draghi sind zwei Namen, die ins Spiel gebracht wurden. Auch der finnische Präsident Alexander Stubb wurde vorgeschlagen. Es ist unwahrscheinlich, dass Moskau einen von ihnen akzeptieren würde, insbesondere Merkel, vor allem aufgrund ihrer früheren Rolle bei der heimlichen Untergrabung der Minsker Vereinbarungen von 2015, wodurch sie den Grundstein für den Krieg legte, der sieben Jahre später ausbrach.

Das Bezeichnende – fast schon lächerliche – daran ist der Mangel an europäischen Persönlichkeiten, die als Gesandte glaubwürdig wären.

Die oberste Diplomatin der EU, Kaja Kallas, ist wegen ihrer eklatanten Inkompetenz zur Lachnummer geworden. Ihre russophoben Tiraden haben sie für die Außenpolitik überflüssig gemacht. Das geht so weit, dass es unter europäischen Diplomaten eine Revolte gegen das gibt, was sie als ihre „Dysfunktion“ [bezeichnen](#).

Diese Woche entsandte Europa drei Botschafter nach Moskau, um den Dialog in irgendeiner Form wieder aufzunehmen. Der stellvertretende russische Außenminister Michail Galuzin traf sich mit Vertretern aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Das russische Außenministerium erklärte, es sei offen dafür, sich die Standpunkte Europas anzuhören.

Berichten zufolge wies Galuzin die Besucher jedoch kurz ab und erinnerte sie daran, dass Europa sich nicht als Vermittler aufspielen könne, solange es am Krieg gegen Russland beteiligt sei.

[Berichten](#) zufolge wies Galuzin die Besucher jedoch schroff zurück und erinnerte sie daran, dass Europa nicht als Vermittler auftreten könne, solange es selbst am Krieg gegen Russland beteiligt sei.

Nach dem Treffen am Donnerstag bezeichnete Maria Sacharowa, die Sprecherin des Außenministeriums, die europäische Delegation als nicht ernsthaft daran interessiert, eine friedliche Lösung zu finden.

Sacharowa [warf](#) den Botschaftern vor, eine „Sackgasse namens Selensky-Formel“ zu propagieren.

Sie sagte: „Die Staats- und Regierungschefs dieser Länder geben in ihren Erklärungen vor, sich für den Frieden einzusetzen, doch in Wirklichkeit stellen sie inakzeptable Bedingungen, steigern die Produktion von Langstreckenwaffen für Kiew und unternehmen generell Schritte in Richtung einer Militarisierung der Ukraine und Europas.“

Wenn Europa es mit dem Frieden ernst meinen würde, würde es aufhören, das Kiewer Neonazi-Regime zu bewaffnen, und Russlands seit langem vorgebrachte Forderung, die Ursachen des Konflikts anzugehen, ernsthaft anerkennen.

Die Unterstützung Europas für die Forderung des Kiewer Regimes nach einem sofortigen Waffenstillstand bei gleichzeitiger Ausweitung der Fähigkeit der Ukraine, mit in Europa hergestellten Drohnen Tiefenangriffe auf russisches Territorium durchzuführen, bei denen in den letzten Monaten Hunderte von Zivilisten getötet wurden, ist nichts weiter als ein zynischer Schachzug, um das Mari-

onettenregime wieder aufzurüsten und ihm eine Atempause zu verschaffen, damit es den Krieg zu einem späteren Zeitpunkt mit noch größerer tödlicher Wucht wieder aufnehmen kann.

Die Doppelzüngigkeit der europäischen Politiker geht auf den Verrat an den Minsker Friedensabkommen von 2015 und die Sabotage der Friedensverhandlungen in Istanbul im April 2022 zurück. Dies gipfelte im größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, mit Millionen von Opfern und der realen Gefahr, in einen offenen Krieg zu eskalieren.

Die europäischen Regierungen und ihre EU- und NATO-Bürokraten sind nach wie vor der Ideologie verhaftet, Russland eine strategische Niederlage zuzufügen. Das scheint auch auf Washington zuzutreffen, trotz Trumps Bekenntnis zum Frieden.

Die Tatsache, dass das Nazi-Regime in Kiew in immer schnellerem Tempo bewaffnet wird, während gleichzeitig ein oberflächlicher Waffenstillstand gefordert wird, ist ein Beweis dafür, dass es den europäischen Staats- und Regierungschefs nicht ernst ist mit ihrem verspäteten Bekenntnis zur Diplomatie mit Russland.

Der ehemalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (2017–2018) hat kürzlich auf eine beschämende Wahrheit [hingewiesen](#), als er sagte, dass Europa seine Chance auf Diplomatie im Jahr 2021 verpasst habe.

Damals lehnten sowohl die EU-Führung als auch die amerikanische Biden-Regierung Russlands ernsthafte Bemühungen ab, einen Weg zur Vermeidung eines Krieges in der Ukraine auszuhandeln. Moskau hatte seine Einwände gegen die NATO-Erweiterung, insbesondere gegen die Aufnahme der Ukraine in das Militärbündnis, klar dargelegt und rationale Lösungen für die kollektive Sicherheit vorgeschlagen. Russlands Diplomatie wurde von Washington und Brüssel rundweg abgelehnt.

Die Europäer und Amerikaner waren darauf aus, Russland zu einer bewaffneten Konfrontation mit ihrem ukrainischen Marionettenregime zu provozieren, das sie beim Staatsstreich von 2014 eingesetzt und bewaffnet hatten. Die Diplomatie wurde abgelehnt, weil die NATO-Achse davon ausging, Russland durch Krieg und wirtschaftliche Strangulierung besiegen zu können – oder, wie einige westliche Politiker zugaben, durch einen „totalen Krieg“.

Die europäische Agenda, die sich in den Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand ohne jegliche Berücksichtigung der russischen Argumente zu historischen Ansprüchen und unteilbarer Sicherheit widerspiegelt, zeigt, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs noch nicht bereit oder willens sind, sich ernsthaft und konstruktiv zu engagieren.

Wie der preußische Stratege Carl von Clausewitz aus dem 18. Jahrhundert es vielleicht formulieren würde: Ihre jüngsten Avancen für politische Gespräche sind schlichtweg Krieg mit anderen Mitteln.